

Operationalisierung und Messung europäischer Öffentlichkeit – eine Bestandsaufnahme

Michael Scharkow
scharkow@zedat.fu-berlin.de

22. Oktober 2005

HS Europäische Öffentlichkeit
Dozenten: Hans-Jürgen Weiß, Jens Vogelgesang
Sommersemester 2005

Freie Universität Berlin
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Ein kurzer Abriss über Theorien europäischer Öffentlichkeit	4
2.1	Warum überhaupt europäische Öffentlichkeit?	4
2.2	Modelle europäischer Öffentlichkeit	5
3	Operationalisierung und Messung europäischer Öffentlichkeit	10
3.1	Indikatoren einer Europäisierung von Öffentlichkeit	10
3.2	Themen- und Akteursbezug zur EU	11
3.3	Gemeinsame Frames und Themenagenda	12
3.4	Gegenseitige Beobachtung und Referenzen	14
3.5	Exkurs: Bewertungen und die Rolle der Medien	16
4	Diskussion – Ergebnisse und Forschungsdesiderate	18
	Literatur	20

Tabellenverzeichnis

1	Modelle europäischer Öffentlichkeit	7
---	---	---

1 Einleitung

Während in der Theorieentwicklung durchaus eine lebhafte Debatte zu den unterschiedlichen Modellen europäischer Öffentlichkeit¹ stattfindet, werden die daraus folgenden empirischen Untersuchungen und deren Ergebnisse weitgehend unkritisch gegenüber (oder besser: nebeneinander) gestellt, stets mit dem Verweis auf unterschiedliche konzeptionelle Überlegungen:

„Allerdings besteht sowohl in der politischen wie auch in der akademischen Debatte wenig Einigkeit darüber, was eigentlich eine demokratische Öffentlichkeit konstituiert, wie eine europäische Öffentlichkeit auszusehen hat, [...] und anhand welcher Kriterien und Indikatoren wir herausfinden können, ob sie existiert oder nicht. Dabei führen unterschiedliche Konzeptualisierungen europäischer Öffentlichkeit zu verschiedenen Meßinstrumenten und empirischen Indikatoren, was wiederum in unterschiedlichen Einschätzungen darüber resultiert, ob eine transnationale Öffentlichkeit in Europa existiert oder nicht.“ (Risse 2002: 15)

Um die Ergebnisse dieses noch jungen Forschungsfelds überhaupt systematisch erfassen zu können, müssen die Werkzeuge der Analysen, also die Operationalisierung und Messung von Öffentlichkeit, möglichst studienübergreifend vergleichbar sein, zumindest aber sollten sie kritisch auf ihre Adäquatheit gegenüber Forschungsfrage und -gegenstand geprüft werden. Auch wenn die methodische Reflexion in vielen Arbeiten zum Thema europäischer Öffentlichkeit recht kurz kommt, vor allem im Vergleich zur theoretischen Argumentation, kann doch davon ausgegangen werden, dass diese Fragen nicht nur von forschungsökonomischen Bedingungen und persönlichen Vorlieben der Autoren abhängen, sondern theoretisch und konzeptionell begründbar sind (vgl. Neidhardt 2004: 2-3).

In der folgenden Arbeit soll deshalb der Zusammenhang zwischen theoretischen Konzepten europäischer Öffentlichkeit und deren tatsächlicher Umsetzung in empirischen Studien untersucht werden.² Dafür ist es nötig, theoretische und methodische Überlegungen bei der Analyse europäischer Öffentlichkeit zu systematisieren und in Beziehung zueinander zu setzen, so dass am Ende deutlich wird, welche Unterschiede in den Forschungsansätzen – und damit auch in den Ergebnissen – sich auf unterschiedliche Vorstellungen europäischer Öffentlichkeit zurückführen lassen und welche lediglich auf Differenzen in der Operationalisierung beruhen.

1 Es ist eine theoretisch und empirisch offene Frage, ob von europäischer oder europäisierter Öffentlichkeit gesprochen werden kann. Im folgenden wird allgemein über das Forschungsthema europäische Öffentlichkeit eingegangen, egal in welcher Ausprägung sich Öffentlichkeit im europäischen, genauer: EU-Kontext nun konstituiert.

2 Dabei sollen die Ergebnisse dieser Untersuchungen weitgehend unberücksichtigt bleiben, da es erst einmal eine offene Frage ist, ob diese überhaupt vergleichbar sind und es deshalb zulässig und sinnvoll ist, solchermaßen divergierende Forschungsergebnisse wieder in die theoretische und politische Debatte einzubringen (vgl. Risse 2002: 16-17).

2 Ein kurzer Abriss über Theorien europäischer Öffentlichkeit

2.1 Warum überhaupt europäische Öffentlichkeit?

Die kommunikationswissenschaftliche Debatte zur europäischen Öffentlichkeit wurde, wie dies häufig der Fall ist, durch eine politische Krisendiagnose hervorgerufen, die im Allgemeinen als Demokratiedefizit der Europäischen Union diskutiert wird: Spätestens zu Beginn der 90er Jahre wurde deutlich, dass sich in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft die Perspektive auf die EU verändert hatte: Jahrzehntlang wurde die Integration Europas fast ausschließlich im Hinblick auf marktwirtschaftliche Liberalisierung, „Implementierung effizienter Institutionen und die Harmonisierung von Politiken zwischen der nationalen und der supranationalen Ebene“ (Eilders und Voltmer 2003: 250) betrachtet, als Projekt nationaler politischer Eliten, das weitgehend ohne öffentliche Unterstützung und Beteiligung der Bürger auskam.

Während die Integration der EU mit der Aufnahme neuer Mitglieder und der Währungsunion in großen Schritten voranschritt, sanken Wahlbeteiligung und Zustimmung zur EU-Politik, der lange geltende „permissive Konsens“ zur EU-Thematik erodierte. Die Ursache für diese Entwicklung war schnell gefunden und ist heute offenbar unstrittig: Die EU hat ein Demokratiedefizit *und* ein Öffentlichkeitsdefizit, wobei die Frage nach der kausalen Beziehung zwischen den beiden erst einmal offen ist. Gerhards (2000) betont jedoch, dass es sich um zwei unterschiedliche Phänomene handelt, die auf verschiedenen Ebenen des politischen Prozesses angesiedelt sind: Das Demokratiedefizit liegt in der Tatsache, dass auf europäischer Ebene Entscheidungen von einem bestenfalls indirekt legitimierten Organ, dem Ministerrat, getroffen werden, während dessen Entscheidungen für alle EU-Bürger bindend sind. Das postulierte Öffentlichkeitsdefizit besteht hingegen darin, dass eine europäische Berichterstattung und Meinungsbildung in den Medien unterentwickelt ist, so dass sich die Bürger weder über den politischen Prozeß auf EU-Ebene informieren, noch an transnationalen Diskursen zu den sie betreffenden Problemen teilnehmen können. Aus einer zeitlichen Perspektive formuliert: Die Europäisierung politischer Öffentlichkeit hinkt der fortschreitenden Transnationalisierung der gesellschaftlichen Teilsysteme Wirtschaft und Politik hinterher, was zu einer mangelnden Kongruenz zwischen diesen dreien führt.³ Dass Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit eng zusammenhängen liegt auf der Hand: Wenn die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger über eine Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments nicht ausgebaut werden, kann auch eine funktionierende Öffentlichkeit nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Wähler nicht wirklich mitentscheiden können, allerdings würde das demokratische Defizit in diesem Falle noch offensichtlicher werden.

Nachdem also geklärt ist, dass wir eine europäische Öffentlichkeit dringend benöti-

³ Ein ähnliches Argument lässt sich im Anschluss an Gerhards (2000) für das Demokratiedefizit der EU formulieren: Der Erweiterung der Kompetenzen der EU (bezogen auf nationale Politik) und dem Ausbau der EU-Bürokratie folgt kein Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene.

gen, um die Integration Europas weiter voranzutreiben, stellen sich eine Reihe von Fragen, derer sich die Theoriebildung zum Thema europäische Öffentlichkeit angenommen hat, und die hier kurz dargestellt werden sollen, vor allem im Hinblick auf deren Konsequenzen für den empirisch-analytischen Forschungsprozess: Welche Struktur sollte europäische Öffentlichkeit besitzen, bzw. welche Eigenschaften besitzt sie, wenn sie denn existiert? Welche Funktion soll sie auf welche Weise erfüllen, und tut sie das? Welche Rolle spielen die Medien bei der Herstellung europäischer Öffentlichkeit?

2.2 Modelle europäischer Öffentlichkeit

Bevor die Unterschiede in verschiedenen Konzepten europäischer Öffentlichkeit näher betrachtet werden, seien erst einmal die Gemeinsamkeiten genannt, die sich im Hinblick auf die eben genannten Fragen feststellen lassen. Als erstes bietet sich eine Klärung der Begrifflichkeit europäische Öffentlichkeit an, soweit sie unumstritten ist: Europäisch ist die Öffentlichkeit, wenn Akteure aus dem politischen Raum der EU⁴ über europäische politische Themen debattieren. Die Art und das Ziel der politischen Diskurse sind wiederum eine Frage des normativen Öffentlichkeitsverständnisses, Gerhards (2002) unterscheidet hier zwischen dem repräsentativ-liberalen und dem deliberativen Öffentlichkeitsmodell Habermas'scher Prägung, das einige zusätzliche Anforderungen an Öffentlichkeit stellt.

Einigkeit besteht auch in der Funktion, die eine europäische Öffentlichkeit zu erfüllen hat, nämlich der Beobachtung und Sichtbarmachung der anderen europäischen Teilsysteme, insbesondere des ökonomischen und politischen Systems. Inwiefern damit lediglich die weitestgehende Transparenzmachung europäischer Entscheidungsprozesse gemeint ist, oder auch die Art der Kommunikation von politischen Sprechern und deren Publika, hängt wiederum von den konkreten normativen Forderungen ab, die sich aus verschiedenen Demokratiemodellen ergeben.

Schließlich kann man mit einiger Bestimmtheit sagen, dass die meisten Theorien europäischer Öffentlichkeit den Medien eine zentrale Rolle einräumen⁵, als Vermittler zwischen politischen Akteuren und Träger öffentlicher Diskurse, aber auch als eigenständige Akteure im politischen Raum, der durch eigene Beiträge den öffentlichen Meinungsbildungsprozess zu beeinflussen sucht (vgl. Pfetsch 2004).

Nachdem einige grundlegende Gemeinsamkeiten geklärt sind, sollen hier drei Modelle europäischer Öffentlichkeit skizziert werden, die sich geradezu mustergültig voneinander abheben und deshalb schon an anderer Stelle in ähnlicher Form gegenübergestellt worden sind (vgl. Eilders und Voltmer 2003; Koopmans und Erbe 2003).

4 Obwohl es sich hierbei offensichtlich um eine nicht ganz unproblematische Begrenzung Europas auf die EU-Mitgliedsländer handelt, wird doch der Begriff primär politisch gefasst, d.h. es geht gerade nicht um eine rein historische, geographische oder kulturelle Identität von Europäern in Abgrenzung zu Nicht-Europäern.

5 Vgl. hierzu die Funktionszuschreibung an die Medien im europäischen Politikprozess bei Koopmans und Erbe (2003).

Pan-europäische Öffentlichkeit

Das erste Modell europäischer Öffentlichkeit entspricht im Prinzip derjenigen nationaler Öffentlichkeiten. Die EU wird demnach als politische Gemeinschaft, gerade auch auf der Mikroebene, gesehen, deren Akteure in der Arena europäischer Massenmedien miteinander und mit den Bürgern kommunizieren (vgl. Gerhards 2000). So einfach und verständlich dieses Modell ist, sowohl das theoretische Modell als auch die Konstitutionsbedingungen einer solchen Öffentlichkeit sind von vielen Autoren kritisiert worden: So weist Wessler (2004: 15) darauf hin, dass es sich aus systemtheoretischer Perspektive bei der EU gerade nicht um eine funktional differenzierte Gesellschaft, sondern vielmehr um ein segmentär differenziertes System handelt, das sich nicht mit den gleichen Mitteln (nämlich eines Teilsystems Öffentlichkeit) wie in Nationalstaaten integrieren lässt. Viel häufiger als das theoretische Modell selbst wird jedoch die Realität seiner Grundannahmen kritisiert, denn damit europäische Akteure mit einem europäischen Publikum über europäische Medien zu europäischen Themen kommunizieren können, müssen diese erst einmal existieren: Doch sind weder transnational orientierte politische Sprecher noch ein europäischer Demos mit eigener Identität und Sprache oder gar gesamteuropäische Massenmedien⁶ empirisch zu belegen.

Verschiedene Autoren haben sich mit den Konstitutionsbedingungen einer solchen europäischen Öffentlichkeit auseinandergesetzt, und alle sind zu dem Schluss gekommen, dass diese zur Zeit und in naher Zukunft in der EU nicht gegeben sind (vgl. Eilders und Voltmer 2003), und zwar unabhängig von der Frage, wie die drei Defizite kausal zusammenhängen und ob man ggf. auf eine gemeinsame Sprache oder gesamteuropäische Medien verzichten könnte. Dies alles führt zu dem Schluss, dass das pan-europäische Öffentlichkeitsmodell für diese Arbeit wenig interessant ist: Wenn Öffentlichkeit, wie im folgenden zu zeigen ist, primär über Medieninhalte gemessen wird, kann man die empirische Überprüfung dieses Konzepts frühzeitig abbrechen, weil schon die dafür notwendigen Massenmedien gar nicht vorhanden sind.

Segmentierte transnationale Themenöffentlichkeiten

Ein Alternativmodell politischer Öffentlichkeit in der EU wurde von Eder (2000) vorgeschlagen: In Anbetracht der Tatsache, dass Politik in der EU zu großen Teilen noch immer nationalstaatlich geprägt ist und es sich institutionell mindestens um ein Mehrebenensystem handelt, ist die Erwartung einer gesamtheitlichen politischen Öffentlichkeit in ganz Europa verfehlt. Vielmehr bilden sich aufgrund der spezifischen Struktur europäischer Entscheidungsprozesse Issue-bezogene Kommunikationsgemeinschaften, die von konkret betroffenen Akteuren, also nationalen und EU-Politikern, Interessengruppen und interessierten Bürgern bestehen. Die Arena der politischen Diskurse sind persönliche Gespräche, Fachmedien und das Internet. Auch wenn das Modell den komplexen Kommunikationsnetzen im europäischen Politikprozess Rechnung trägt und vermutlich die realen Verhältnisse in Brüssel und anderswo treffend abbildet, leidet

⁶ Man beachte, dass es um politische Kommunikation geht, nicht etwa um Kultur- oder Sportprogramme, und dass die Inhalte dieser Medien mehr als nur eine Elite der Bevölkerung erreichen müssen.

	Pan-europäische Öffentlichkeit	Segmentierte transnat. Themenöffentlichkeiten	Europäisierte nationale Öffentlichkeiten
Träger	Europäische Massenmedien	Persönlicher Kontakt, Elitemedien, Internet	nationale Massenmedien
Akteure	EU-Politiker, europ. <i>Demos</i>	betroffene Eliten und Aktivisten	nationale und EU-Akteure, Bürger
Themenbezug	themenübergreifend	Issue-spezifisch	nach Politikfeldern
Kritik	nationalstaatl. Demokratie- und Öffentlichkeitsbegriff	undemokratisch/nicht-öffentlich (Verzicht auf Massenmedien)	Begriff der Europäisierung unklar und umstritten

Tabelle 1: Modelle europäischer Öffentlichkeit

es doch unter einem grundsätzlichen Makel, der auch dieses Konzept für die weitere Betrachtung disqualifiziert: Es handelt sich hierbei nicht um demokratische Öffentlichkeit in dem Sinne, wie sie Gerhards (2000) aus demokratietheoretischer Perspektive definiert, da sie nicht über Massenmedien hergestellt wird. Durch den Verzicht auf massenmediale Vermittlung politischer Diskurse wird ein Großteil der Bevölkerung systematisch von der Teilnahme an denselben ausgeschlossen (Eilders und Voltmer 2003: 253). Dies hat nicht nur normative Implikationen, sondern auch forschungspraktische: Öffentlichkeit ist in diesem Modell gar nicht in den Massenmedien zu finden, was dazu führt, dass die von Eder postulierte Existenz solcher Öffentlichkeiten nicht auf eine mit anderen Studien vergleichbare Art und Weise empirisch zu prüfen ist.

Europäisierte nationale Öffentlichkeiten

Angesichts der theoretischen und/oder empirische Defizite der bisher genannten Öffentlichkeitsmodelle hat sich in der Forschung ein drittes Konzept durchgesetzt, dass nicht mehr von einer oder mehreren transnationalen Öffentlichkeiten ausgeht, sondern von einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Zum einen vermeidet man damit einige anspruchsvolle Grundannahmen, etwa die eines gemeinsamen *Demos* oder eines europäischen Mediensystems, andererseits kann die Forderung nach einer breiten, demokratischen Öffentlichkeit aufrechterhalten werden, da davon auszugehen ist, dass nationale Öffentlichkeiten in allen EU-Mitgliedsländern existieren und funktionieren. Zudem trägt das Modell der Tatsache Rechnung, dass zumindest bislang politische Akteure in der EU sich vorwiegend national orientieren, was angesichts der Entscheidungsstrukturen der EU nicht überraschen kann (Eilders und Voltmer 2003).

Der Grad von Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten kann somit zumindest theoretisch als Entwicklungsstand einer paneuropäischen Öffentlichkeit unter den gege-

benen institutionellen und kulturellen Restriktionen verstanden werden.⁷ Zumindest aber ist mit diesem Konzept die Möglichkeit gegeben, die Transnationalisierung von Öffentlichkeit mit derjenigen von Politik und Wirtschaft zu vergleichen, da der Grad an „Europäisiertheit“ sich in Längsschnittstudien beschreiben und länderübergreifend vergleichen lässt, auch wenn ein normativer Bezugspunkt („Wieviel Europäisierung von Öffentlichkeit ist nötig oder wünschenswert?“) fehlt (vgl. Gerhards 2000).

Auch wenn das Konzept europäisierter nationaler Öffentlichkeiten auf den ersten Blick genau jene Bedenken aus dem Weg räumen kann, die den zuvor genannten Modellen anhaften, so taucht doch ein neues Problem auf, das mitnichten als gelöst betrachtet werden kann und in der wissenschaftlichen Debatte kontrovers diskutiert wird: Was genau bedeutet denn eigentlich Europäisierung von Öffentlichkeit? Müssen europäische Akteure und Institutionen öfter zu Wort kommen, mehr über die EU selbst debattiert werden, oder beliebige Themen lediglich aus einer gemeinsamen „europäischen“ Perspektive betrachtet werden, wie würde diese dann aussehen?

An dieser Stelle kommt der Frage nach den Indikatoren europäischer Öffentlichkeit eine entscheidende Bedeutung zu, denn mit der Wahl der Indikatoren beantwortet jeder Autor die Frage, was denn nun Europäisierung heißt? In der Theoriebildung sind viele Vorschläge gemacht worden, die sich nicht immer sauber voneinander trennen und schon gar nicht priorisieren lassen, obwohl gerade dies nötig wäre, um die Frage nach notwendigen und hinreichenden Indizien für die Europäisierung von Öffentlichkeit beantworten zu können. An dieser Stelle sollen nur einige prominente Beispiele herausgegriffen werden, da im folgenden ohnehin auf die konkrete Wahl der Indikatoren eingegangen wird.

Ein relativ einfaches Modell wird von Gerhards (2000: 293) entworfen, der unter Europäisierung „a) die Thematisierung europäischer Themen und Akteure [...] einerseits und b) die Bewertung der Themen und Akteure unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive andererseits“ versteht. Gerade die zweite Bedingung wird jedoch von verschiedenen Autoren als zu restriktiv und angesichts des intergouvernementalen Charakters der EU unplausibel verworfen (vgl. Koopmans und Erbe 2003; Risse 2002).

Ein anderes Modell entwirft Risse (2002) im Anschluss an Eder und Kantner, in dem Europäisierung nationaler Öffentlichkeit dann vorliegt, wenn in den einzelnen Ländern a) zur gleichen Zeit die gleichen Themen in den Medien behandelt (Synchronizität der Agenda) und b) ähnliche Bedeutungsstrukturen und Frames in der Berichterstattung vorkommen. Im Prinzip kommt auch hier eine europäische Perspektive ins Spiel, auch wenn sie in diesem Fall inhaltlich unbestimmt ist, die in allen Öffentlichkeiten ähnlich sein muss.

Ein drittes Konzept betont den Charakter europäischer Öffentlichkeit als Kommu-

⁷ So etwa interpretiert etwa Fuchs (2000: 232) Gerhards Hypothese, dass das Öffentlichkeitsdefizit eine Folge des EU-Demokratiedefizits sei, und eine transnationalen Öffentlichkeit entstünde, sobald die Demokratisierung (konkret die Parlamentarisierung) der EU ausreichend entwickelt ist: „Wir gehen also davon aus, daß die Institutionalisierung einer europäischen Demokratie die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit bewirken würde.“

nikationsnetzwerk einzelner nationaler Öffentlichkeiten, das sich durch gegenseitige Beobachtung und Referenzierung auszeichnet (Scherer und Vesper 2004).

Die Forschungsgruppe des Europub-Projekts versucht nun, verschiedene Ansätze in einem Modell horizontaler und vertikaler Europäisierung zu integrieren. Als vertikale Europäisierung wird dabei die kommunikative Verbindung von nationalen und EU-Akteuren bzw. deren Aussagen verstanden, während horizontale Europäisierung immer dann vorliegt, wenn öffentliche Kommunikation zwischen den Mitgliedsländern beobachtet werden kann. Während letzteres die integrative Komponente grenzüberschreitender Kommunikation in der EU betont, ist die vertikale Europäisierung vor allem mit der ursprünglichen Frage nach dem Öffentlichkeitsdefizit der EU-Institutionen und -Politik verbunden, wobei auch immer die Möglichkeit „echter“ transnationaler Kommunikation auf europäischer und globaler Ebene berücksichtigt wird. Aus den zahlreichen Kombinationen vertikaler, horizontaler und supranationaler Kommunikation entsteht ein komplexes Modell europäisierter Öffentlichkeit, mit dem trotzdem (oder deshalb) das Ausmaß an Europäisiertheit einer Öffentlichkeit sehr genau bestimmt werden kann:

„Summing up, we can speak of a Europeanized public sphere to the extent that a substantial – and over time increasing – part of public contestation does neither stay confined to the own national political space [...] nor extends beyond Europe without referring to it[...]. Coverage in the German media about other member states’ internal and foreign affairs constitutes a borderline case and can only be interpreted as a form of Europeanisation if such coverage is more frequent (and over time increasingly so) compared to the coverage of the internal and foreign affairs of non-EU countries.“
(Koopmans und Erbe 2003: 13)

Da das hier entworfene Modell europäisierter Öffentlichkeit schon in der theoretischen Formulierung sehr empirisch orientiert ist, ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Frage der Operationalisierung und Messung, die im folgenden Abschnitt verfolgt werden soll. Die Fragestellung lautet dementsprechend: Wie kann europäische oder europäisierte Öffentlichkeit inhaltsanalytisch erfasst werden, wie wurde dies in bestehenden Studien gelöst? Welche Gründe und welche Konsequenzen haben einzelne forschungspraktische Entscheidungen im Bezug auf die Problemstellung und die Ergebnisse, die in der Analyse zu erwarten sind. Auch wenn es im folgenden nicht primär um die Ergebnisse der besprochenen Studien geht, ist doch in vielen Teilen eine Diskussion der auf die Operationalisierung und Messung folgenden Analysestrategie unerlässlich, insbesondere im Hinblick auf die dringend nötige Vergleichbarkeit von Einzelstudien.

3 Operationalisierung und Messung europäischer Öffentlichkeit

3.1 Indikatoren einer Europäisierung von Öffentlichkeit

Trotz aller Differenzen in der tatsächlichen Umsetzung des Forschungsvorhabens haben doch die meisten empirischen Studien zur Europäisierung von Öffentlichkeit eine Gemeinsamkeit: der wichtigste (und einzige?) Indikator für eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeit sind die Inhalte nationaler Massenmedien. Dementsprechend handelt es sich in allen Fällen um quantitative Inhaltsanalysen medialer Inhalte. Dabei verfolgen alle Studien eine vergleichende Analysestrategie: entweder werden die Medieninhalte einzelner Nationen oder verschiedener Zeitpunkte hinsichtlich einer Europäisierung von Öffentlichkeit verglichen, wobei dem Längsschnittsdesign eine entscheidende Bedeutung zukommt, da nur auf diese Weise eine mögliche Europäisierung von Öffentlichkeit im Vergleich zum politischen und Wirtschaftssystem der EU sinnvoll analysiert werden kann (Gerhards 2000).⁸

Der Begriff Europäisierung nationaler Öffentlichkeit wird in der bisherigen Forschung vor allem auf drei Arten operationalisiert, die sich jeweils auf eine unterschiedliche Perspektive der Forschungsfrage beziehen (vgl. Risse 2002):

1. als Verhältnis von EU-Themen bzw. Akteuren zu Nicht-EU-Themen und Akteuren in den Medieninhalten, vor allem die legitimierende Funktion von Öffentlichkeit gegenüber der EU betonend (vgl. Peter 2004)
2. als Grad von Gemeinsamkeit europäischer Medieninhalte bezüglich Themengenda und Frames, vor allem die kulturell-integrative Perspektive europäischer Öffentlichkeit betonend (Trenz 2004)
3. als Netzwerk von Beobachtung und Referenzen zwischen nationalen Öffentlichkeiten, vor allem die diskursive Komponente von Öffentlichkeit betonend (Scherer und Vesper 2004)

Die hier vorgeschlagene Systematik von möglichen Indikatoren und daraus folgender Operationalisierung wird in keiner der anzusprechenden Studien in dieser Form berücksichtigt, sie ist daher nicht wirklich aus dem Forschungsalltag gegriffen. Nichtsdestotrotz soll im Folgenden gezeigt werden, dass sich nahezu alle empirischen Arbeiten zum Thema einer oder mehrerer der genannten Operationalisierungen bedienen, um das Phänomen europäische Öffentlichkeit zu messen und zu analysieren.

⁸ Leider liegen in den meisten Fällen keine Zeitreihen in ausreichender Qualität vor, so dass momentan nur die Möglichkeit gegeben ist, Querschnittsdaten aus verschiedenen Zeiträumen zu vergleichen. Genau dies kann aber erst möglich sein, wenn Inkommensurabilitäten bezüglich der Wahl der Indikatoren und ihrer Operationalisierung analysiert und möglichst abgebaut worden sind.

3.2 Themen- und Akteursbezug zur EU

Eine der einfachsten Möglichkeiten, Europa in der Medienberichterstattung zu messen, ist der Bezug auf EU-Akteure, die in dem codierten Inhalt vorkommen. Als Indikator für den Grad an Europäisierung gilt dann die relative Präsenz von EU-Akteuren (z.B. Mitgliedern und Kandidaten für das EP, Kommissionsmitglieder, etc.) in der Berichterstattung. Lauf und Peter (2004) messen etwa den Anteil von EU-Akteuren insgesamt sowie deren Anteil als Urheber von Zitaten und als Hauptakteur eines Artikels, um daraus einen relativen Beachtungsgrad für ein Themengebiet zu berechnen. Gewichtet man nun die relative Präsenz von EU-Akteuren pro Thema mit dem Anteil des Themas an der Gesamtberichterstattung, ergibt sich daraus ein Gesamt-Beachtungsindikator⁹ für EU-Akteure in Medieninhalten, der zwischen den EU-Mitgliedsländern erheblich variiert. Eilders und Voltmer (2003) messen auf diese Weise ebenfalls den Anteil von EU-Akteuren in den analysierten Zeitungskommentaren, kommen damit zu leicht unterschiedlichen, aber vergleichbaren Ergebnissen. Betrachtet man die Berichterstattung über EU-Akteure unter dem Gesichtspunkt der Transparentmachung europäischer Politik, dann lohnt sich ebenfalls eine Differenzierung zwischen den einzelnen Akteuren.¹⁰

Damit vergleichbar sind auch die Ergebnisse einer Analyse von Längsschnittsdaten durch Gerhards (2000), der Akteure der EU als Urheber von Stellungnahmen misst und auf ähnlich niedrige Werte kommt. Allerdings scheint mir die Ansicht des Autors, hiermit sei die von ihm genannte europäische Perspektive operationalisiert, zumindest zweifelhaft, da nicht sicher ist, dass etwa Europaparlamentarier stets eine europäische oder nicht-nationale Perspektive vertreten, zumal wenn es sich um euroskeptische Abgeordnete aus Großbritannien oder Dänemark handelt.

Eine zweite Operationalisierungsstrategie von Europäisierung setzt auf das Verhältnis von EU-Themen zu Nicht-EU-Themen in der Berichterstattung. Was aber ist ein EU-Thema (bzw. ein EU-bezogener Beitrag)? In der Literatur finden sich dafür eine breite und eine enge Definition von EU-Themen. (Peter 2004) zählt alle Beiträge als EU-Beitrag, in dem „in zwei vollständigen Hauptsätzen EU-Politik, EU-Ereignisse, EU-Institutionen oder Entscheidungen auf EU-Ebene thematisieren“, und beziffert deren Anteil an der politischen Berichterstattung in Deutschland zwischen sieben und neun Prozent¹¹ Eine noch breitere Definition verwendet wohl Trenz (2004), der nach den Schlagwörtern Europa, EU und Brüssel Beiträge auswählt, die dann ins Verhältnis zu

9 Dabei ist es allerdings nötig, entweder alle vorhandenen Themengebiete auf diese Weise zu analysieren, oder per Definition dafür zu sorgen, dass EU-Akteure nur in bestimmten Themengebieten auftauchen können, wie es Lauf und Peter (2004: 166) in ihrer Arbeit tun.

10 So können die Autorinnen zeigen, dass sich über die Hälfte der Akteursbezüge zur EU auf diese allgemein beziehen, jedoch weniger als sieben Prozent konkret auf das EP. Bezieht man den ohnehin geringen Anteil an EU-Bezügen zu allen Akteuren in die Rechnung ein, zeigt sich ein Beachtungsgrad des EP im Promillebereich der Zeitungskommentare (Eilders und Voltmer 2003: 261).

11 Dabei wird der Beachtungsgrad von EU-Beiträgen auf verschiedene Weise gemessen, die aus der Tradition der Nachrichtenwertforschung stammen: Anzahl, Länge und Position der Beiträge.

den anderen Beiträgen gesetzt werden.¹² Das Problem einer extrem weiten Europa-Themen-Definition ist die Folge, dass auch jede Menge nicht-EU-bezogener Beiträge gezählt werden, etwa klassische Auslandsberichterstattung, die es schon lange vor der EU gegeben hat und deren Bedeutung für eine europäische Öffentlichkeit nicht theoretisch geklärt ist.

Auf festerem Boden befinden sich die Studien, die europäische Integration als eigenes Politikfeld kodieren, d.h. Inhalte, in denen es um die Entwicklung der EU selbst geht, ggf. mit einigen Unterthemen. Einerseits wird dadurch der Bezug zur Fragestellung nach der Öffentlichkeit der EU-Politik bewahrt, andererseits ist eine klare Abgrenzung von außen- und innenpolitischen Issues möglich. Eilders und Voltmer (2003) konstatieren für die Thematisierung von EU-Politik einen Anteil von ca. 6 Prozent der untersuchten Kommentare. Dies scheint den Werten von Gerhards (2000) zu entsprechen, wobei nicht klar ist, ob dieser mit „Europäische Beziehungen“ die gleiche Operationalisierung gewählt hat.

Schließlich erscheint es äußerst vielversprechend Issue- und Akteursbezug hinsichtlich der EU zu kombinieren: Statt den absoluten Anteil europäischer Akteure in der Berichterstattung zu messen, vergleichen Koopmans und Erbe (2003) deren Anteil an Aussagen zu verschiedenen Themenfeldern. Dies geht auf die plausible Hypothese zurück, europäische Akteure könnten in genau jenen Politikfeldern Aussagen treffen, in denen sie auch etwas zu sagen (sprich: die Entscheidungskompetenz) haben. In Feldern wie Bildungs- und Sozialpolitik deutet dementsprechend ein geringer Anteil an Aussagen von EU-Akteuren nicht auf ein Öffentlichkeitsdefizit hin, sondern auf die Tatsache, dass diese Felder fest in der Hand nationaler Politiker sind und deshalb in nationalen Öffentlichkeiten behandelt werden.

Bezieht man nun noch den Vergleich verschiedener nationaler Medieninhalte in die Analyse ein, können weitere interessante Fragen beantwortet werden: Kommen EU-Bezüge in gleichem Umfang in verschiedenen Medien und Ländern vor, d.h. gibt es eine strukturell ähnliche Berichterstattung im Bezug auf EU-Akteure und Themen (vgl. Pfetsch 2004)?

3.3 Gemeinsame Frames und Themenagenda

Peter (2004) und auch Trenz (2004) drehen diese letzte Frage nach der Struktur europäischer Berichterstattung um und untersuchen die Ähnlichkeit von Themenschwerpunkten in der EU-Berichterstattung anhand der Verteilung von Beiträgen zu verschiedenen Themengebieten. Dazu bieten sich als Analyseverfahren Rangkorrelationen an, wie sie auch in der etablierten Agenda-Setting-Forschung anzutreffen sind. Doch selbst wenn

¹² Es ist aus der Lektüre des Aufsatzes nicht genau zu entnehmen, wann ein Beitrag ein EU-Beitrag oder europäischer Beitrag ist. Zudem stellt der Autor *ex post* ein Kategorienschema von unterschiedlich stark europäisierten Beiträgen auf, dessen Kriterien sich jedoch ebensowenig erschließen, ganz zu schweigen von der Frage, ob es sich um normative, analytische oder empirische Unterschiede handelt. Allerdings hat auch Neidhardt (2004: 3) das „im Kontakt mit dem Autor nicht genau herausfinden können.“

eine relativ große Übereinstimmung in der Gewichtung einzelner Themen zu erkennen ist, bleibt die Frage, inwiefern hier tatsächlich Europäisierung von Öffentlichkeit gemessen wurde: Der Hypothese, dass hier tatsächlich eine genuin europäische Perspektive die Berichterstattung determiniert, lässt sich eine ebenso plausible Erklärung gegenüberstellen: Bei gleicher Nachrichtenlage und gleicher Geltung von anerkannten journalistischen Normen (und Nachrichtenfaktoren) ist eine synchrone Berichterstattung über europäische Politik zu erwarten. Dies kann auch nicht mit einer Kontrollgruppe, etwa amerikanischen Medien, überprüft werden, denn dieselben Nachrichtenfaktoren, etwa Betroffenheit und Nähe, führen dort zu anderen Medieninhalten. Ein zweiter Einwand bezieht sich auf Trenz (2004) Argumentation mit den Begriffen Konvergenz und Divergenz hinsichtlich der Berichterstattung über Themen und Politikfelder, denn während seine These, es gäbe Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Inhalten der einzelnen Medien relativ inhaltslos ist, lässt sich die Frage, ob denn die Berichterstattung hinsichtlich der EU-Themen konvergiert oder divergiert, mit einer Querschnittsuntersuchung gar nicht beantworten. Und selbst dann sind, wie eben erwähnt, die kausalen Zusammenhänge alles andere als offensichtlich.

Den wichtigsten Grund, warum die reine Übereinstimmung der Themen-Agenda zwischen nationalen Öffentlichkeiten *kein* vielversprechender Indikator einer Europäisierung von Öffentlichkeit ist, nennt Trenz (2004: 308) jedoch auch selbst:

„We agree that the simultaneity of communication about the same issues does not by itself define the criteria of a European public sphere (it is still possible the communication takes place in different arenas which ignore each other). We do not agree, however, that the necessary qualitative refinement must be narrowed to the rather exceptional and highly selective case of discursive interchange and/or understanding among Europeans.“¹³

Wenn aber die Forderung nach gegenseitigem Austausch und Verständnis, deren Operationalisierung sich das nächste Kapitel widmet, zu anspruchsvoll und unnötig für eine europäische Öffentlichkeit ist, welches ist dann das ausreichende Kriterium? Trenz' Antwort lautet: Gemeinsame europäische Interpretationsrahmen konstituieren ein Verständnis von Europa, das wiederum den europäischen Diskurs in den Medien prägt. Übereinstimmungen hinsichtlich des Framing europäischer Ereignisse sind demnach ein Indikator für die Europäisierung von Öffentlichkeit. Obwohl die Bedeutung von gemeinsamen Frames in der theoretischen Debatte von vielen Autoren hervorgehoben wird (vgl. Trenz 2004; Eder 2000; Risse 2002), bleibt doch die Operationalisierung weitgehend unklar, weil einerseits deren empirischen Arbeiten vielfach eher qualitative Einzelfallstudien zu einigen speziellen Issues sind, andererseits ist die konkrete Auswahl an Frames und vor allem Codierschemata kaum dokumentiert. Pfetsch (2004) verfolgt eine ähnliche Strategie, indem eine große Anzahl von Interpretations-

¹³ Trenz (2004: 316, Fußnote 19) gibt allerdings zu, dass diese beiden Kriterien als Indikator für die Performanz einer demokratischen Öffentlichkeit dienen könnten.

rahmen zu Fragen der europäischen Integration (identitäre, historische und instrumentelle Frames) auf Aussageebene gezählt werden, deren Anteile sich ähnlich wie bei der Analyse von Themenfeldern international und zwischen Medientypen vergleichen lassen.¹⁴ Dabei steht allerdings eher die Frage im Vordergrund, welche Frames in welchen nationalen Öffentlichkeiten und insgesamt besonders häufig vorkommen. Die Frage nach der strukturellen Ähnlichkeit von nationalen Öffentlichkeiten bezüglich Interpretationsrahmen wird nicht explizit beantwortet. Insgesamt dienen die Ergebnisse der Frame-Analysen von Pfetsch (2004) und Trenz (2004) eher der Beschreibung von Inhalten EU-bezogener Berichterstattung als der Beantwortung der Frage von Konvergenz und Divergenz von Interpretationsrahmen in Europa, nicht zuletzt weil auch ihnen die zeitliche Dimension fehlt. Selbst wenn die Ergebnisse eindeutig für die Dominanz europäischer über nationale Frames bezüglich der EU sprechen würden – was sie im übrigen nicht tun (vgl. Risse 2002) –, bliebe auch hier die Frage, ob denn die bloße Anschlussfähigkeit von Diskursen bezüglich Themen und Frames eine ausreichende Bedingung für die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit ist. Wenn man in diesem Punkt dem oben zitierten Trenz *nicht* folgt, muss man nach Indikatoren für einen konkreten kommunikativen Austausch zwischen nationalen Öffentlichkeiten suchen.

3.4 Gegenseitige Beobachtung und Referenzen

Wenn man davon ausgeht, dass eine europäische Öffentlichkeit nur zustande kommen kann, wenn die nationalen Öffentlichkeiten nicht nur die politischen Akteure der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sondern sich auch gegenseitig beobachten und miteinander in Dialog treten, erscheint es sinnvoll nach solchen kommunikativen Referenzen in der Berichterstattung zu suchen. In einem ersten Schritt kann die Beobachtung anderer Öffentlichkeiten in der Berichterstattung eines Landes gemessen werden, also die Form journalistischer Referenz, die im allgemeinen in Presseschauen zu finden ist. Scherer und Vesper (2004) untersuchen in ihrer Studie Verweise auf ausländische Medien in zwei deutschen Zeitungen für die Jahre 1994 bis 2000, in dem sie für den Zugriff eine Schlagwortsuche nach ausländischen Zeitungstiteln verwenden und die gefundenen Verweise weiter analysieren.¹⁵ Dabei wurde nicht nur die Quantität der Referenzen untersucht, sondern auch nach Herkunftsländern und vor allem dem sog. Reflexivitätsgrad der Referenzen: Dieser soll die Stärke der Verknüpfung von Diskursen messen,

14 Auch in diesem Fall werden mehrere Analysestrategien verfolgt: Neben dem quantitativen Anteil einzelner Frames oder Framegruppen wird auch deren Nennung als erster Frame eines Beitrags zwischen den Ländern verglichen. Zusätzlich unterscheiden die Autoren zwischen verschiedenen Kontexten, in denen Frames vorkommen können, etwa Ziele der EU-Integration bzw. Wünsche für oder gegen eine EU-Integration. Allerdings ist unklar, inwiefern die äußerst kleinteilige Messung von Frames überhaupt erkenntnisbringend ist, nicht zuletzt, weil die Fallzahlen sehr klein sind.

15 Durch die Strategie der elektronischen Begriffssuche und die Beschränkung auf referenzierte Zeitungen wird zwangsläufig die absolute Zahl an Verweisen zu niedrig ausfallen, allerdings geht es den Autoren auch nur um den Längsschnittvergleich, bei dem sie eine Zunahme von solchen Referenzen im Zeitverlauf konstatieren können, und zwar außerhalb der regulären Presseschauen.

indem zwischen einfacher Beobachtung fremder Medieninhalte, dem Zitieren fremder Medieninhalte, die sich auf Deutschland beziehen (Reflexivität 1), und dem Zitieren fremder Medieninhalte, die sich auf Deutschland und ein weiteres EU-Land bzw. deutsche und fremde Medieninhalte beziehen (Reflexivität 2) unterschieden wird. Letztere Stufe findet sich jedoch weiterhin fast nur in echten Presseschauen, so dass dieser Indikator nicht für eine stärkere Europäisierung der deutschen Medienöffentlichkeit spricht.

Während sich die Studie von Scherer und Vesper (2004) nur den Bezügen zwischen Medien widmet, untersucht die Europub-Gruppe mithilfe der äußerst feingliedrigen Claim-Analyse auch die direkten Bezüge zwischen verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen der EU. Da ein *Claim* immer mit einem Urheber, einem Adressaten und ggf. einem betroffenen Akteur codiert wurde, sind hier vielfältige Möglichkeiten der Analyse eröffnet, zumal auch noch zahlreiche Vergleichsdimensionen (z.B. Themen, Länder, Medientypen) zur Verfügung stehen. So können Koopmans und Erbe (2003) den Anteil europäisierter (d.h. mit Bezug zu EU-Akteuren oder EU-Mitgliedsländern) an allen Claims insgesamt und in verschiedenen Themengebieten vergleichen, während Pfetsch (2004) vor allem Adressaten und betroffene Akteure in dieser Systematik von horizontaler und vertikaler Bezugnahme untersucht, da in ihrer Erhebung nur Kommentare codiert wurden und damit Urheber von Claims immer die Kommentatoren selbst sind. Auch dort kann beispielsweise festgestellt werden, dass in Politikfeldern mit EU-Entscheidungskompetenz wie Geldpolitik die Adressaten von politischen Claims weit häufiger EU-Akteure sind als bei der Rentenpolitik, wo nationale Ansprechpartner dominieren. Anders als bei Scherer und Vesper (2004) wird keinerlei Reflexivität gemessen und es liegen auch keine Längsschnittdaten vor, so dass die Frage nach der Europäisierung als Prozess auch mit den Daten des Europub-Projektes nicht beantwortet werden kann.

Auch beim Problemfeld gegenseitiger Bezugnahme zwischen europäischen Öffentlichkeiten stellt sich schließlich die Frage, welcher der hier angesprochenen Indikatoren vorhanden sein muss, damit man von europäisierter Öffentlichkeit sprechen kann? Die bloße Zunahme von Pressezitaten sagt nichts über deren Inhalte und Themen aus, und die von Scherer und Vesper (2004) konstatierte zunehmende gegenseitige Beobachtung im Bereich Prominente und Kuriositäten kann wohl schwerlich das vielzitierte EU-Öffentlichkeitsdefizit abbauen helfen. Andererseits ist natürlich nicht gesagt, dass Claims, die nationale Akteure in nationalen Medien an EU-Akteure oder Nachbarländer richten, automatisch dort auch zur Kenntnis genommen werden. Allerdings kann man davon ausgehen, dass bei einer Zunahme solcher horizontalen und vertikalen Claims die Wahrscheinlichkeit steigt, dass davon einige beim Adressaten ankommen und so zunehmend europäische Diskurse entstehen. Die Forschung sollte also beide Entwicklungen im Auge behalten.

3.5 Exkurs: Bewertungen und die Rolle der Medien

Abschließend soll an dieser Stelle noch das Problem der Bewertungen europäischer Politik und Akteure in und durch die Medien genauer betrachtet werden. Der interessante Punkt an dieser Thematik ist die Tatsache, dass in fast allen vorgestellten Studien die Bewertung von Akteuren und Aussagen durch die Medien, insbesondere in den Kommentaren, erhoben und analysiert wurden, obwohl die Frage nach Werturteilen in Medieninhalten und deren Bedeutung für die Konstitution europäischer und europäisierter Öffentlichkeit in keiner diesbezüglichen Theorie vorkommt. Anders formuliert, es spielt schlichtweg keine Rolle, wie Politiker und Politiken konkret in den Medien beurteilt werden, solange sie nur im Diskurs vorkommen und damit in der Öffentlichkeit agieren. Handelt es sich also bei der Codierung und Analyse von Wertungen lediglich um eine Art Gewohnheit im Forschungsprozess, und wenn nicht, welche Fragen können damit beantwortet werden?

Zum einen kann natürlich das Meinungsklima zu europäischen Themen in den Kommentaren und Nachrichten verschiedener Medien und Länder beschrieben und verglichen werden, so dass die Klischees von europafeindlichen britischen und europafreundlichen deutschen Zeitungen empirisch überprüft werden können (vgl. Pfetsch 2004: 30). Interessant wird dies allerdings vor allem in Hinblick auf die Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess – welche Interessen und Ansichten vertreten Medienakteure öffentlich, sind sie im politischen Diskurs eher Integrationsmotor oder Bremsen? Die Antwort darauf ist nicht primär auf die Existenz einer europäisierten Öffentlichkeit, sondern auf die Funktion der Medien als Kontrollinstanz und „vierte Gewalt“ gerichtet.

Eilders und Voltmer (2003) kommen bei ihrer Analyse von Pressekommentaren zu dem Ergebnis, dass die untersuchten Zeitungen erstens EU-Akteure generell besser beurteilen als nationale Akteure und zweitens die EU-Integration quer durch das Medienspektrum auffallend positiv bewertet wird¹⁶. Das Bild, das sich in den Medien zeigt, entspricht in großen Teilen demjenigen, das Faas (2003) in seiner Studie zu Positionen von Wählern, Parteien und Europa-Parlamentariern zeigt: Während es in den einzelnen Politikfeldern eine große Varianz zwischen den Parteien gibt, herrscht ausgerechnet in der Frage europäischer Integration weitgehende Einigkeit zwischen den etablierten Akteuren. Angesichts der offensichtlichen Inkongruenz zwischen Wählern und Abgeordneten spricht Faas von einem Bruch in der Repräsentationskette, einem Demokratiedefizit *par excellence*, das jedoch von den Medien nicht verringert, sondern vielmehr noch verstärkt werden könnte, wie dies die Forschungsergebnisse von Pfetsch (2004) nahelegen.

Die Frage ist mithin, ob die Medien sich als Avantgarde der europäischen Integration verstehen oder als Sprecher der Bürger, die in dieser Frage weit kritischer und

¹⁶ Peter (2004) kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass die Bewertungen zur EU überwiegend negativ seien. Noch überraschender ist allerdings die Tatsache, dass die französischen Medien die negativsten, die dänischen und britischen dagegen die positivsten Urteile transportieren.

vor allem heterogener sind. Es ist durchaus möglich, dass sich Qualitätszeitungen und Boulevardblätter in diesem Selbstverständnis unterscheiden (Pfetsch 2004: 33-34), und wenn die Europafreundlichkeit der Journalisten Einfluss auf deren Bewertung der EU-Integration hat, warum nicht auch auf die Nachrichtenauswahl?

Diese Möglichkeit gilt es jedenfalls bei der Indikatorenauswahl für eine Europäisierung von Öffentlichkeit zu berücksichtigen: Kann man diese tatsächlich adäquat in Qualitätszeitungen messen, erreichen Presseschauen und Kommentare überhaupt so viel Publikum, dass von Indikatoren einer breiten öffentlichen Debatte gesprochen werden kann? Müssen nicht eher Regionalzeitungen und vor allem Fernsehnachrichten viel stärker untersucht werden, als das in der bisherigen Forschung getan wurde, nicht zuletzt wegen der erheblich höheren Reichweite dieser Medien? Sind also die teilweise recht positiven Indikatoren von Europäisierung ein Artefakt der Messung, weil Qualitätszeitungen bei der Europaberichterstattung ausnehmend positive Grundtendenzen haben? Trez (2004: 312) lehnt schon eine solche Fragestellung kategorisch ab:

„The question to be posed is rather: why should they [the quality newspapers] not be exceptional? One of the lessons learned is that we should dismiss the idea of a unitary national media sphere. [...] Normally, quality newspapers do not bother about national publics. Instead, they address their own readers and are well aware of the fine distinctions that separate *FAZ* readers from *SZ* readers.“ (Hervorhebung im Original)

Angesichts der oben zitierten Ergebnisse ist es allerdings zweifelhaft, ob sich die Zeitungen tatsächlich, etwa in der Bewertung der EU-Integration, so stark unterscheiden wie ihre Leser. Dies ist eine empirische offene Frage, die sich allerdings mit Inhaltsanalysen allein nicht klären lässt, sondern einen Vergleich der Position von Rezipienten und Medien erfordert, ähnlich wie dies Faas (2003) für Bürger und Abgeordnete unternimmt. Kurz gesagt, man kann über die Rolle der Medien im Prozess der europäischen Einigung nicht viel sagen, ohne auch die Rolle der politischen Akteure und des Publikums mitzudenken.

Die Operationalisierung und Messung von Werturteilen in den Medieninhalten ist mithin ein lohnenswertes Unterfangen, allerdings gilt auch hier: Wir können nicht sicher sein, was die widersprüchlichen Ergebnisse einzelner Studien bedeuten, weil sie sich in zuvielen Punkten unterscheiden: Liegen die Unterschiede in den analysierten Medientypen, im Zugriffskriterium, in der Untersuchungseinheit? Dies können nur länder- und medienübergreifende Studien beantworten, die allerdings äußerst aufwendig und kostspielig sind.

4 Diskussion – Ergebnisse und Forschungsdesiderate

Im Forschungsfeld zum Thema „europäische Öffentlichkeit“ erscheint mir das Ausmaß an forschungspraktisch erzeugten Inkommensurabilitäten relativ hoch und das Ausmaß an methodischer Reflexion relativ gering. Die Folge ist: Wir wissen nicht hinreichend, wie viel wir wissen.

Neidhardt (2004)

Angesichts der Tatsache, dass sich die sozialwissenschaftliche Forschung praktisch erst seit einer Dekade mit europäischer und europäisierter Öffentlichkeit beschäftigt und die empirische Forschung zu diesem Thema nach wie vor in den Kinderschuhen steckt (Risse 2002: 16), ist die Menge von Forschungsergebnissen überraschend groß. Allerdings sind diese häufig so widersprüchlich, dass nach der Lektüre der einschlägigen Studien selbst eine so (vermeintlich) einfache Frage wie *Gibt es eine europäische Öffentlichkeit oder Europäisierungstendenzen in nationalen Öffentlichkeiten?* nicht ohne weiteres beantwortet werden kann. Dies hat eine Reihe von Gründen, die mit der Natur der Thematik zu tun haben: Zuerst einmal ist schon die empirische Analyse *nationaler* Öffentlichkeit bisher wenig vorangetrieben, vielmehr wird ihre Existenz zumeist historisch und theoretisch begründet. Nachdem also schon die Operationalisierung von Öffentlichkeit mangels Vorbildern vielfach neu konzipiert wurde, musste zudem noch der Begriff der Europäisierung, der schon theoretisch nicht unumstritten ist, empirisch umgesetzt werden.

Diese Arbeit sollte zeigen, dass die von Neidhardt zu Recht beklagten Inkommensurabilitäten auf dem Gebiet europäischer Öffentlichkeit nicht nur forschungspraktisch sondern auch theoretisch und konzeptionell begründet sind: Die Auswahl der Indikatoren, der Operationalisierung von *Europäisierung* und deren Messung hängen in hohem Maße von den theoretischen Annahmen über die Entstehungsbedingungen und Funktionen europäischer Öffentlichkeit ab. Dies ist an sich völlig unproblematisch, solange diese Annahmen transparent gemacht und die Ergebnisse damit in die wissenschaftliche und politische Debatte eingeordnet werden können. Allerdings ergibt sich daraus eine Herausforderung an die Theoriebildung: Sind die verschiedenen Dimensionen europäischer Öffentlichkeit, wie sie in dieser Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Operationalisierung behandelt wurden, erst einmal zufriedenstellend gemessen und analysiert worden, müssen diese zumindest soweit integriert werden, dass man eine Aussage über die Existenz und die Struktur einer solchen Öffentlichkeit treffen kann (vgl. Risse 2002).

Ein ganz anderes Problem ist jedoch die unterschiedliche Operationalisierung von konzeptionell gleichen Begriffen bei den verschiedenen Autoren, die unnötigerweise den Vergleich bestehender Studien be- und verhindert. Für diese Fälle wäre die Eini-gung auf einen Standard, in dem beispielsweise geklärt ist, wann ein Beitrag als europabezogen codiert werden kann, sehr zu begrüßen. In dieser Hinsicht hat die Europub-

Forschungsgruppe einen beachtlichen Beitrag zur Konsolidierung der inhaltsanalytischen Forschung geleistet, in dem viele Aspekte europäischer Öffentlichkeit auf Aussageebene erhoben werden können, ohne sich zu sehr auf das Europaverständnis der Codierer (oder auch der Forscher) verlassen zu müssen.

Durch die konsequente Verwendung bewährter Indikatoren und Analysestrategien wäre der empirischen Forschung insofern geholfen, als man sich anderen Problemen widmen kann: Während der internationale Vergleich auf diesem Gebiet erstaunlich weit verbreitet ist, bleiben andere Vergleichsdimensionen etwas zurück, von denen man sich ebenfalls mit einigem Recht einen Erkenntniszuwachs versprechen kann: als Beispiele seien nur die Untersuchung verschiedener Medientypen mit *einem* Instrument, vor allem aber der Längsschnittvergleich genannt. Es ist in dieser Arbeit schon an einigen Stellen betont worden: Ohne qualitativ hochwertige, konsistente Längsschnittdaten von Medieninhalten lässt sich die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit weder beschreiben, noch können Annahmen über kausale Verbindungen zwischen der Europäisierung von Politik, der Demokratisierung der EU, der Integration der EU-Bürger und der Entwicklung eines gemeinsamen Kommunikationsraumes überhaupt empirisch überprüft werden.

Um die Frage, wie sich die Entwicklung von Öffentlichkeit auf die Entwicklung der Demokratie in der EU auswirkt, nicht nur normativ beantworten zu können, braucht es allerdings mehr als nur Medieninhaltsdaten: Die Funktion und Leistung von Öffentlichkeit hängt nicht nur von den Trägern des politischen Diskurses ab, sondern auch vom Publikum. Die Publikumsdimension kann aber nur durch Befragung der Bürger oder durch die Analyse von politischem (vor allem Wahl-)Verhalten empirisch untersucht werden. Hier gilt es, die Erkenntnisse der europapolitischen Soziologie, die unter anderem in den umfangreichen Daten der Eurobarometer-Befragungen auch in Zeitreihen vorhanden sind, mit den Inhaltsanalysen zu verknüpfen, wie es in der nationalen und international vergleichenden politischen Kommunikationsforschung längst üblich ist.

Diesen großen Aufgaben kann man sich erst widmen, wenn sich die Herangehensweisen und forschungspraktischen Erwägungen soweit konsolidiert haben, dass unterschiedliche Studien vergleichbare Ergebnisse produzieren, die sich dann einfacher als bisher in die wissenschaftliche und politische Debatte zur europäischen Öffentlichkeit integrieren lassen.

Literatur

- Eder, K. (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 10: 167–184.
- Eilders, C./ Voltmer, K. (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Zeitungen. In: *Medien- und Kommunikationswissenschaft*, 51(2): 250–270.
- Faas, T. (2003): Europa, wie es den Bürgern gefällt. Positionen von Wählern, Parteien und ihren Europa-Abgeordneten im Vergleich. In: Brettschneider, F./ van Deth, J./ Roller, E. (Hg.) *Europäische Integration und öffentliche Meinung*, 395–422, Opladen.
- Fuchs, D. (2000): Demos und Nation in der Europäischen Union. In: Klingemann, H.-D./ Neidhardt, F. (Hg.) *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000*, 215–236, Berlin.
- Gerhards, J. (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, M. (Hg.) *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, 277–305, Opladen.
- Gerhards, J. (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, H./ Kirsch, M./ Schmidt-Gernig, A. (Hg.) *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, 135–158, Frankfurt/Main.
- Koopmans, R./ Erbe, J. (2003): Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanized Political Communication. WZB Discussion Paper SP IV 2003-403.
- Lauf, E./ Peter, J. (2004): EU-Repräsentanten in Fernsehnachrichten. Eine Analyse ihrer Präsenz in 13 EU-Mitgliedsstaaten vor der Europawahl 1999. In: Hagen, L. M. (Hg.) *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*, 162–177, Köln.
- Neidhardt, F. (2004): Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Herausforderungen für die Theorie. Keynote bei den 10. Kommunikationswissenschaftlichen Tagen „Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit“ in Wien am 11. November 2004.
- Peter, J. (2004): Kaum vorhanden, thematisch homogen und eher negativ - Die alltägliche Fernsehberichterstattung über die Europäische Union im internationalen Vergleich. In: Hagen, L. M. (Hg.) *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*, 146–161, Köln.

- Pfetsch, B. (2004): The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials. <http://europub.wz-berlin.de>.
- Risse, T. (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Berliner Debatte Initial*, 5/6: 15–23.
- Scherer, H./ Vesper, S. (2004): Was schreiben die anderen? Ausländische Pressestimmen als Vorform paneuropäischer Öffentlichkeit - Eine Inhaltsanalyse deutscher Qualitätszeitungen. In: Hagen, L. M. (Hg.) *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*, 195–211, Köln.
- Trenz, H.-J. (2004): Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers. In: *European Journal of Communication*, 19(3): 291–319.
- Wessler, H. (2004): Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit. In: Hagen, L. M. (Hg.) *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*, 13–28, Köln.